Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

102 (2.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 102 — Montag, den 2. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Maifeiern am Sonntag sind durchweg ruhig verlaufen.

*

In Frankreich läßt sich das Wahlergebnis nach den Wahlen vom Sonntag noch nicht überblicken, die Stichwahlen bringen die Entscheidung, ob Herriot Sieger wird.

*

Die Völkerbundsversammlung hat unter Stimmenthaltung Japans einstimmig die Entschließung über die Schanghaier Waffenstillstandsverhandlungen angenommen.

*

Die Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz wurde geschlossen.

*

Zur Weiterführung der Junkerswerke ist von den Gläubigern unter Beteiligung der Stadt Dessau in Berlin eine Betriebsgesellschaft gegründet worden.

*

Der Hindenburg-Pokal für die beste sportliche Motorflugleistung für 1931 wurde dem Ziegeleibesitzer August Lauw aus Bockhorn, Oldenburg, vom Reichspräsidenten persönlich überreicht.

*

In Zanboanga (Philippinen) hat ein Wirbelsturm zwei Drittel der Stadt Jolo vernichtet. Ein Dampfer ist untergegangen, ein anderer gestrandet.

*

Die Wahlen in Frankreich sind in völliger Ruhe verlaufen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen um 1 Uhr nachts sind nur etwa 250 von 611 Kandidaten im ersten Wahlgang gewählt worden. Die Radikalsozialisten haben den Voraussagen gemäß ihre Stellung überall behaupten oder sogar verbessern können, während die Sozialisten eine merkliche Einbuße erleiden.

Brüning berichtet Hindenburg

Berlin, 1. Mai. Der Reichskanzler hat am Samstag nach seiner Ankunft in Berlin einen längeren Besuch beim Reichspräsidenten abgestattet, der schon wegen seiner mehr als einstündigen Dauer große Beachtung gefunden hat. Dr. Brüning hat Hindenburg gegenüber besonders unterstrichen, daß der **deutsche Standpunkt in der Abrüstungsfrage jetzt vor allem von England, Amerika und Italien durchaus anerkannt worden ist,** während Frankreich, wie zu erwarten war, eine große Hartnäckigkeit in der Versteifung seiner Versailler Position an den Tag legt, aber dafür auch eine starke Isolierung hat in Kauf nehmen müssen, die wenigstens bestimmte Möglichkeiten für die Durchsetzung der deutschen Forderung mit Unterstützung der übrigen Großmächte offen läßt.

Das wichtigste ist aber naturgemäß für den Kanzler die Vorbereitung der **großen Reparationskonferenz** gewesen. In den nächsten Tagen wird nun auch den kleineren Staaten die Einladung zu der Lausanner Konferenz zugehen. In ihr wird, was für Deutschland wichtig ist, ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß eine Dauerlösung gesucht werden muß. Bei den Genfer Besprechungen ist es nach der Darstellung der amtlichen Kreise gelungen, wenigstens das Ziel der Konferenz klar herauszuarbeiten, den Umfang der Beratungen abzustecken und die Tagesordnung zu präzisieren. Einstweilen wird noch damit gerechnet, daß vor der Lausanner Konferenz doch eine neue Vorkonferenz einberufen wird, die allerdings in ihrem Zustandekommen und in ihrem Termin bedingt wird davon, ob und wie rasch es in Frankreich nach den Wahlen gelingt, eine verhandlungsfähige Regierung zustande zu bringen.

Eindrucksvoller deutscher Reitersieg in Rom

T.U. **Rom,** 1. Mai. In Gegenwart hervorragender Mitglieder der römischen Gesellschaft, des deutschen Botschafters und der deutschen Kolonie gelangte am Sonntag auf dem internationalen Reitturnier der Premio Litorio ein schweres Jagdspringen zum Austrag, an dem über 100 Pferde zahlreicher Nationen teilnahmen. Der Wettbewerb brachte einen großen deutschen Erfolg, da die beiden ersten Plätze von Oberleutnant Brandt auf „Balmung" und von von Nostiz-Wallwitz auf „Provinz" belegt wurden.

Aus Genf

Die Ausschußarbeiten in Genf

Vor bedeutungsvollen Entscheidungen.

T.U. **Genf,** 30. April. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz trat unter dem Vorsitz von Henderson zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der zu der gestrigen amtlichen Mitteilung der fünf Mächte über die Fortsetzung der Genfer Besprechungen Stellung genommen wurde. Es wurde beschlossen, daß die technischen Ausschüsse jetzt ununterbrochen ihre Arbeiten über die Begriffsbestimmungen der großen Angriffswaffen weiter fortsetzen sollen, die sich voraussichtlich bis Pfingsten ausdehnen werden. Unmittelbar nach Pfingsten wird sodann gleichzeitig mit der vorgesehenen Fünf-Mächte-Konferenz der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz seine Arbeiten von neuem aufnehmen. Man erwartet, daß in der nächsten Woche, vor allem im Flottenausschuß, sehr bedeutungsvolle grundsätzliche Aussprachen über die endgültige Feststellung der Angriffswaffen stattfinden werden. Die Entscheidung über diese Fragen werde als Vorbereitung der endgültigen Entscheidung über das Verbot der Angriffswaffen von weittragender Bedeutung für die endgültige Beschlußfassung der Abrüstungskonferenz sein.

*

Um Deutschlands Gleichberechtigung auf der Abrüstungskonferenz

Ein völlig unbefriedigender Lösungsversuch.

T.U. **Genf,** 1. Mai. Nach Mitteilungen von zuverlässiger ausländischer Seite sind zurzeit auf englischer und französischer Seite ernsthafte Bestrebungen im Gange, eine Formel zu finden, die die von der deutschen Regierung auf der Abrüstungskonferenz gestellte Forderung auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands befriedigen soll. Nach dieser englisch-französischen Formel soll grundsätzlich die Gleichberechtigung sämtlicher an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden Staaten anerkannt werden. Ueber die endgültige Fassung dieser Formel sind, wie hier verlautet, seit einigen Tagen bereits eingehende Besprechungen im Gange. Eine derartige Formel würde, wie jetzt sofort ausdrücklich festgestellt werden muß, selbstverständlich in keiner Weise den deutschen sachlichen Forderungen auf Anerkennung der Gleichberechtigung Rechnung tragen. Nach der jetzt von enalisch-französischer Seite angestrebten Lösung würde Deutschland lediglich die theoretische, jedoch keineswegs die praktische Gleichberechtigung zuerkannt werden und damit der Zustand der einseitigen Entwaffnung Deutschlands gegenüber den schwer gerüsteten deutschen Nachbarstaaten endgültig sanktioniert werden. Die Forderung, die Deutschland in der Frage der Gleichberechtigung vorgebracht hat, beruht auf den eindeutigen Bestimmungen des Völkerbundspaktes und des Versailler Vertrages, sowie auf internationalem Recht. Es kann als selbstverständlich angenommen werden, daß die deutsche Regierung einen derartigen Vorschlag sofort entschieden ablehnen wird, da eine solche rein diplomatische Behandlung der Gleichberechtigungsfrage in schroffem Widerspruch zu dem anerkannten deutschen Standpunkt und den lebenswichtigen Interessen Deutschlands steht. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß bei der Mitte oder Ende Mai stattfindenden Zusammenkunft der leitenden europäischen Staatsmänner eingehende Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage stattfinden werden, die für Deutschland die Grundlage der gesamten Abrüstungsverhandlungen bildet.

*

Stimson über seine Genfer Unterredungen.

T.U. **Genf,** 30. April. Staatssekretär Stimson hat am heutigen Samstag der amerikanischen Presse eine schriftlich festgelegte Erklärung übermittelt, in der es u. a. heißt, seine Besprechungen mit den Mitgliedern der amerikanischen Abordnung und den Führern zahlreicher anderer Abordnungen hätten ihn ermutigt, an den endgültigen Erfolg des Abrüstungswerkes zu glauben. Die verantwortlichen Führer der in Genf versammelten Regierungen seien ernsthaft entschlossen, Lösungen der auf der Konferenz zur Verhandlung stehenden Fragen zu finden, was sich besonders in den persönlichen Besprechungen gezeigt habe. Im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz habe er mit den Führern der Regierungen Fragen behandelt, die diese Staaten gemeinsam mit der amerikanischen Regierung interessieren, insbesondere die Fragen des Fernen Ostens. Diese Besprechungen, die zunächst außerhalb seiner Hauptaufgabe in Genf gelegen hätten, seien außerordentlich wertvoll gewesen. Bei seinen drei Besuchen außerhalb der Vereinigten Staaten habe er einen Eindruck von der außerordentlichen Bedeutung der Methode bekommen, in zwanglosen Besprechungen mit den verantwortlichen Staatsmännern der übrigen Länder diejenigen Fragen zu behandeln, die für die amerikanische Regierung lebenswichtig seien. Das Ergebnis der letzten Besprechungen in Genf sei, daß die Lösungen, die in der großen amtlichen Verlautbarung der fünf Mächte andeutet seien, jetzt auf diesem Wege einer endgültigen Entscheidung zugeführt werden würden.

*

Das polnische Vorgehen gegen den Fürsten Pleß

T.U. **Genf,** 1. Mai. Aus maßgebenden Völkerbundskreisen erfährt der Vertreter der Telegraphen-Union, daß die deutsche Regierung die Absicht hat, in dem seit Jahren bereits vor dem Völkerbundsrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung jetzt einen neuen entscheidenden Schritt zu unternehmen.

In den letzten Jahren sind von Seiten der polnischen Regierung und insbesondere von Seiten des polnischen Außenministers wiederholt der deutschen Regierung Versprechungen eindeutigen Charakters in der Richtung einer friedlichen Regelung des Falles Pleß gemacht, jedoch bisher niemals gehalten worden. Auf der letzten Januartagung des Völkerbundsrates nahm der Vertreter der polnischen Regierung im Völkerbundsrat einen Bericht an, in dem eine neue gerechte Behandlung des gesamten Falles fest zugesichert wurde. Fünf Tage nach der Ratssitzung, in der der Bericht einstimmig angenommen wurde, erfolgten ohne jegliche rechtliche Begründung neue Zwangsmaßnahmen gegen die Pleß'sche Verwaltung. In völliger Mißachtung der polnischen Gesetze und Verordnung sind der Verwaltung Pleß bereits fünf Millionen Zloty Steuern auferlegt worden, die, wie zu befürchten ist, von polnischer Seite beliebig zu jeder Zeit erhöht werden können. Fürst Pleß hat sofort Beschwerde bei der polnischen Regierung eingereicht, die als dringlich erklärt und sämtlichen Ratsmächten übermittelt wurde. Der Beschwerde ist ein umfangreiches Rechtsgutachten des bekannten französischen Rechtsgelehrten, Professor Allix, beigelegt, der als Vertreter Frankreichs dem Dawes- und dem Youngplan-Komitee angehört. Professor Allix kommt zu der Feststellung, daß die polnische Regierung die Verpflichtungen, die sich aus den Verhandlungen des Völkerbundsrates vom 30. Januar d. J. ergeben haben, nicht gehalten hat, daß die polnischen Finanzbehörden zum Nachteil des Fürsten Pleß eine scharfe Anwendung der Bilanzregeln vorgenommen haben, ferner sich in verschiedenen Punkten in Gegensatz zu der Rechtssprechung des obersten Verwaltungshofes gestellt hätten. Außerdem habe die polnische Finanzbehörde in der Vergangenheit gegenüber dem Fürsten Pleß systematische Böswilligkeit gezeigt, die die Befürchtungen des Fürsten Pleß für die Zukunft durchaus rechtfertigen.

Gegen das völlig willkürliche Vorgehen der polnischen Regierung, die in völliger Mißachtung aller Ratsbeschlüsse und aller gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen ist, beabsichtigt nunmehr, wie hier verlautet, die deutsche Regierung beim Internationalen Haager Gerichtshof eine Klage gegen Polen einzuleiten. Diese Klage, die rechtlich in jeder Hinsicht feststeht und begründet ist, wird auch durch etwaige neue Versprechungen von polnischer Seite nicht abgewendet werden können. Die deutsche Regierung muß besonders im Hinblick auf die Forderung der deutschen Regierung an die Unterzeichnermächte der Memelkonvention zum Schutze der deutschen Interessen im Memelgebiet nunmehr auch im Fall Pleß, in dem es sich um bedeutungsvolle deutsche Industrie-Interessen in Polen handelt, die unerläßlichen Schritte ergreifen.

*

Völkerbund und japanisch-chinesischer Konflikt

Genf, 1. Mai. Die außerordentliche Völkerbundsversammlung für die Erledigung des chinesisch-japanischen Konfliktes trat am Samstag unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Hymans zusammen. Der Präsident erläuterte den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in Schanghai und Genf, wobei er seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß die **Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zu einem sehr baldigen Zeitpunkt in Aussicht stehe.** Gleichzeitig legte der Präsident die **Entschließung** vor, die bekanntlich die **Einsetzung einer Gemischten Kommission in Schanghai** vorsieht, die aus den Vertretern der in Schanghai besonders interessierten Mächte sowie Chinas und Japans besteht und gegebenenfalls mit Stimmenmehrheit über die Durchführung der von beiden Teilen übernommenen Verpflichtungen entscheiden soll.

Unter Stimmenthaltung Japans wurde die Entschließung über die Schanghaier Waffenstillstandsverhandlungen angenommen.

*

Abschluß der internationalen Arbeitskonferenz

Genf, 1. Mai. Die dreiwöchige Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz ist abgeschlossen worden. Zum Schluß wurde eine bemerkenswerte **Entschließung zur Reparationsfrage** angenommen, in der der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, daß zu der bevorstehenden Konferenz in Lausanne der Völkerbund und die Internationale Arbeitsorganisation eingeladen werden, um ihrerseits zu einer endgültigen Regelung der Reparations- und der politischen Schuldenfrage beizutragen. Der deutsche Regierungsvertreter begrüßte diese Entschließung.

Die Deutsche Reichsbahn im März 1932

Berlin, 30. April. Der **Güterverkehr** der Deutschen Reichsbahn blieb im März 1932 schwach. Die Zahl der für den Gesamtverkehr im arbeitstäglichen Durchschnitt gestellten Wagen betrug im März 1932 98 438 gegen 112 271 im März 1931 und 135 953 im März 1930. Insgesamt wurden im März 4075 überplanmäßige Züge einschließlich des Osterverkehrs gefahren. Die Einnahmen betrugen insgesamt 244,5 (Vormonat 219,7) Millionen RM., die Gesamtausgaben 312,2 (294,5) Millionen RM. Seit Beginn des Geschäftsjahres betragen die **Einnahmeausfälle** bei den Gesamteinnahmen 26,0 Prozent gegenüber 1931 und 44,2 Prozent gegenüber 1929. Der Personalbestand erhöhte sich auf 618 401 (607 345) Köpfe, da bei der Bahnunterhaltung im März keine Feierschichten eingelegt wurden.

Vertröstungen und kein Ende

Eine unbefriedigende „Klärung" der Tributregelungs-Vorbesprechungen. — Deutschland darf nicht länger warten wollen. — Ohne feste Haltung kein Ende der Leidenszeit.

Von F. L. Scholz-Giesecke.

Die Staatsmännerbegegnungen, die sich auf dem immer noch tragikomischen Hintergrunde der Genfer Abrüstungskonferenz abwickelten, sind zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Ein Ergebnis im Sinne eines Ertrages, eines Fortschrittes noch so bescheidener Art haben sie nicht gehabt. In diesem wichtigsten Punkte weichen sie nicht von dem Leerlauf der langen Reihe internationaler Zusammenkünfte aller Art ab, denen wir im Verlaufe der letzten Jahre unsere Hoffnungen zuwandten. Auch im Leiden erweisen wir uns rasch im Vergessen. Dürfen wir aber in Deutschland heute noch die Versprechungen in den Akten verstauben lassen, die sich mit den Dezembernotverordnungen verbanden? Wir dürfen es nicht, weil wir damals die letzten Reserven an wirtschaftlicher, finanzieller und seelischer Kraft einsetzten. Das geschah in Zeiten äußerster Spannungen, unter dem Druck und Drange der Beschwörungen unserer beamteten politischen Führung, nur in diesem Augenblick, dem letzten vor der endgültigen Wende, die Nerven nicht zu verlieren.

Millionen hofften damals noch auf ein Januar-Lausanne und empfanden die Verschiebung auf Mitte Februar schon als etwas Ungeheuerliches. Millionen fühlten sich bitter enttäuscht, wie aus dem Drehen und Deuteln um das Kanzlerwort von der Nichtzahlung der Tribute durch Deutschland die Verschiebung dieser — man muß sich das immer wiederholen, sich immer wieder klar machen — von den ausländischen Sachkennern in Basel dreimal „unverzüglich" geforderten allgemeinen Regierungsberatung eine neue Vertröstung bis zum Juni wurde. Selbst den verantwortlichen Staatsmännern des Auslandes erschien eine derartige Verschleppung unter dem erregenden Knirschen und Zusammenbrechen wirtschaftlicher und politischer Weltzusammenhänge als zu gewagt, und zwischen den Kabinetten bestand schon Ende Februar, Anfang März eine nicht laut geäußerte, aber um so stärker verbindliche Vereinbarung für die Staatsmännerzusammenkünfte auf Genfer Boden, die sich in den letzten Tagen vollzogen. Deshalb kommt ihnen immer mehr Bedeutung zu, als das vielen auf den ersten Blick erscheinen mag, und deshalb darf man mit der Kritik des Ergebnisses nicht zurückhalten.

Bestand zunächst in Deutschland und eher noch stärker in England und den Vereinigten Staaten die Auffassung, daß die jüngste Genfer Staatsmännerzusammenkunft die Ergebnisse der Lausanner Junikonferenz vorwegnehmen würde, so daß diese nur noch als formaler Akt abzuwickeln sei, so stehen wir heute vor einer neuen Verschleppung, also praktisch wiederum vor einem Nichts! Schlimmer: Es schälen sich Tatsachen heraus, die bis zur Gewißheit vermuten lassen, daß auch Lausanne nichts weiter als eine **neue Konferenz der Vertröstung** sein wird. Heute erkennen wir in voller Klarheit, welche verhängnisvollen Nachteile mit der Verschiebung der Lausanner Konferenz vom Anfang auf die Mitte des Jahres für uns heraussprangen. Obwohl Stimson den Weg über den Ozean nahm, um noch rechtzeitig an der Genfer Zusammenkunft neben der Abrüstungskonferenz mitwirken zu können, stellte schon die erste flüchtige Fühlungnahme mit Tardieu an Ort und Stelle sicher, daß nicht einmal eine grundsätzliche Klärung der nun schon so lange schwebenden Kernfragen, also der Tribut- und Schuldenprobleme, zu erreichen war. Wie die Staatsmänner der Hauptmächte ihr Mandat zur Mitarbeit an Entschlüssen betrachteten, gerieten sie selbst unter den lähmenden Druck der Tatsache, daß kein einziger von ihnen praktisch überhaupt noch ein solches Mandat besitzt, abgesehen vielleicht vom deutschen Kanzler, der sich beauftragt fühlen muß, Deutschland aus der Strangulation der Tributzahlung zu befreien, und in diesem Punkte nicht einmal mehr ein Kompromiß mitmachen könnte. Macdonald erkannte einmal mehr, daß er immer noch am Gängelbande Frankreichs durch die Politik kriecht, Grandi fühlte ein neues Mal, daß man Italien noch nicht zu den Weltmächten rechnet. Stimson, dessen Gewicht in Genf Mellon in London zu erhöhen suchte, mußte ein neues Mal bekennen, daß die Hooverregierung ihre Entschlüsse von denen Europas abhängig zu machen hat. Europa kann in diesem Augenblick zu keinem Entschluß kommen, weil die französischen Wahlen nun so nahe sind, daß sogar ein Tardieu, selbst wenn er mit weniger schlechtem Willen als bisher nach Genf gekommen sein wird, die Grenzen seiner Handlungsfähigkeit fühlt und bei aller Plötzlichkeit zum langsamen Schritt, zum Treten auf der Stelle gezwungen ist. Was man im Januar versäumte, läßt sich im April nun nicht sofort wieder gutmachen.

Aus dieser Not machte man jedoch in Genf keine Tugend. Man ging nicht auseinander, um zu der etwas besser geeigneten Stunde im Juni wieder die Koffer zu ergiebigerem Raten am Genfer See zu packen, sondern versuchte schon eine Verständigung über die Entkräftung sogar der künftigen Lausanner Beschlüsse. Darin liegt das Niederschmetternde, das Hoffnungslose dieser Genfer Staatsmännerzusammenkunft, die von den Teilnehmern selbst ursprünglich als so hoffnungslos angesehen worden ist. Wir erkennen nun klar, daß schon nicht mehr an die Beendigung des Moratoriumszustandes für Tribute gedacht wird, sondern daß Lausanne weniger mehr als seine Verlängerung bringen kann. Für Deutschland würde diese neue Verschleppung den sicheren Untergang bedeuten, wenn es diesen ewigen Alpdruck der Vertröstungen, die Verschlimmerungen seiner wirtschaftlichen und seelischen Gesamtlage heraufbeschwören, nicht entschlossen von sich wirft. Nicht erst im Juni, sondern schon jetzt tritt an die deutsche Regierung die Pflicht heran, so oder so das Ende der Wartezeit anzukündigen.

Wir haben zu lange gewartet und dürfen nun nicht länger warten wollen. Ohne feste Haltung kommt niemals ein Ende unsere Leidenszeit. Es ist jetzt an uns, den starken Trumpf auszuspielen, den wir immer noch zurückbehalten haben: das Auslandsmoratorium für die Stillhaltekredite und auch die Stillhaltezinsen. Der davon ausgehende Druck würde zuerst England und die Vereinigten Staaten treffen, die mit Frankreich ein Kompromiß über ein neues Feierjahr, ein neues Tributmoratorium suchen und sich damit klar in die Vernichtungsfront einreihen. Wir aber haben nichts mehr zu verlieren. Wir müssen um unser Leben kämpfen.

Der 1. Mai in Berlin

Berlin, 1 Mai. Im Mittelpunkt der Feiern für den 1. Mai standen in Berlin zwei Lustgartendemonstrationen, die der SPD. um 13 Uhr und die der KPD. um 15.30 Uhr. Bereits um 11.30 Uhr versammelten sich die **Mitglieder der SPD.,** des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes und der übrigen sozialdemokratischen Vereinigungen an zahlreichen Stellen der inneren Stadt. um, mit Musik begleitet, in geschlossenen Zügen nach dem Lustgarten zu ziehen. Gegen 1 Uhr war der Aufmarsch im Großen vollzogen. Um 1 Uhr eröffnete Reichstagsabgeordneter Künstler die Kundgebung. Die Festansprache hielt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Flatau. Er stellte die Forderungen auf nach einer 40-Stunden-Woche, nach einem Bruch mit der Taktik des allzu vorsichtigen bürokratischen Abwägens, des Zagens und Zauderns innerhalb der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Weiter sei zu fordern eine klare Stellungnahme zum Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften und zur Veröffentlichung der Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung. Reichstagsabgeordneter **Künstler** schloß die Kundgebung mit einem Hoch auf den internationalen Frieden. Mit dem Gesang der Internationale schloß die außerordentlich stark besuchte Kundgebung. Infolge des warmen Wetters wurden im Laufe der Kundgebung etwa acht Personen ohnmächtig.

Während die Teilnehmer der Lustgartendemonstration der SPD. aus dem Stadtinnern abgeleitet wurden, sammelten sich bereits die **Anhänger der KPD.** an etwa 40 Stellen in allen Teilen der Stadt, um sich zu einem geschlossenen Aufmarsch nach dem Lustgarten zu formieren. Die Innenstadt, besonders das Regierungsviertel, wurde verstärkt bewacht. Der Aufmarsch war zur angesetzten Zeit um 3.30 Uhr noch lange nicht beendet. Erst eine Stunde später war der größte Teil der Demonstranten im Lustgarten untergebracht. Der Führer der KPD hielt die Ansprache. Er forderte zu einer unbesiegbaren roten Einheitsfront gegen den Faschismus und gegen das drohende Verbot der proletarischen Wehrorganisationen auf. Die Kundgebung, die ebenso wie die der SPD. sehr starken Besuch aufwies, verlief reibungslos.

Die Einsichtnahme in den ev. Religionsunterricht

Berlin, 30. April. Der in Berlin versammelte Kirchensenat der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union befaßte sich mit dem Stande der Verhandlungen mit dem Unterrichtsminister über eine Neuregelung der **Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht.** Er nahm davon Kenntnis, daß dem evangelischen Oberkirchenrat ein im Ministerium ausgearbeiteter Entwurf für einen Ministerialerlaß zugesandt worden ist, der den evangelischen Kirchen die von ihnen seit Jahren erstrebte **Möglichkeit schafft, anstelle der Geistlichen staatliche Schulaufsichtsbeamte mit der Einsichtnahme zu betrauen, und dem die evangelischen Kirchen auf Ersuchen des Ministers zugestimmt haben.** Zugleich nahm der Kirchensenat davon Kenntnis, **daß der Minister trotz wiederholter dringender Vorstellungen seine endgültige Entschließung in einer Weise hinauszögert, die für die Kirche nicht mehr tragbar ist.** Da hiernach die evangelische Kirche vorläufig nicht in der Lage ist, die von ihr erstrebte Betrauung von staatlichen Schulaufsichtsbeamten mit der Einsichtnahme durchzuführen, sah sich der Kirchensenat nunmehr gezwungen, die **Regelung dieser Angelegenheit auf dem Boden des geltenden Rechtes in die Hand zu nehmen, und hat den evangelischen Oberkirchenrat beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten.**

Selbsthilfe der deutschen Wirtschaft

Steuerfreie Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung

Unter den verschiedenen Plänen der Reichsregierung auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiete spielt das Projekt einer **Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung eine wichtige Rolle.** Die Vorarbeiten für die Kabinettsberatungen scheinen nun über diesen Anleiheplan in den Ressorts ziemlich weit gediehen zu sein. Amtlich wird zwar noch erklärt, daß bisher lediglich Erörterungen über den Anleiheplan gepflogen worden seien, ohne daß sich schon konkrete Angaben machen ließen. Danach handelt es sich bei dem Anleiheplan um ein großzügiges Projekt, das als steuerfreie Millionenanleihe ein umfangreiches **Arbeitsbeschaffungsprogramm verwirklichen soll.** Die Reichsregierung wird offenbar von dem Gedanken geleitet, daß bei den Banken noch freie Gelder zur Verfügung stehen, die im Wege einer günstigen Anleihe produktiv angesetzt werden sollen. Nach allem, was man über die Anleihepläne erfährt, wird die Anleihe des Reiches finanztechnisch eine Parallele zu der steuerfreien Reichsbahnanleihe darstellen — es sind rund eine Viertelmilliarde RM. eingekommen. Augenscheinlich nimmt die Reichsregierung an, daß eine der Reichsbahnanleihe ähnliche Reichsanleihe ebenfalls großen Erfolg haben würde. Deshalb sollen, wie wir erfahren, die Bedingungen der Reichsanleihe ähnliche sein wie bei der Reichsbahnanleihe. Es wird sich voraussichtlich um eine **Prämienanleihe** handeln, die nach oben hin nicht begrenzt wird, die eine weitgehende Steuerbefreiung trägt und mit einem besonders vorteilhaften Gewinnplan ausgestattet wird. Hingegen wird der Zinsfuß ganz niedrig gehalten werden, man spricht von einem Prozent unter Reichsbankdiskont, so daß der Kurs variabel wäre. Die Rückzahlung soll schon nach verhältnismäßig kurzer Frist beginnen. Ein besonderes Kennzeichen einer solchen Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung würde sein, daß sie eine mächtige Selbsthilfe der deutschen Wirtschaft zur Wiederankurbelung — ohne fremde Gelder — darstellen würde. Die Kabinettsberatungen der Woche werden Gelegenheit zur weiteren Beschäftigung mit diesem Projekt geben.

Verleihung des Richthofen-Pokals

T.U. **Berlin,** 1. Mai. Der Richthofen-Pokal, ein im Jahre 1930 vom Ring Deutscher Flieger gestifteter Wanderpreis, ist zum ersten Male verliehen worden an Heinrich Schlerf in Mannheim. Der Verleihung liegt der Gedanke zugrunde, daß derjenige, der in ehrenamtlicher Fliegerausbildungstätigkeit die größten Erfolge aufzuweisen hat, in der Erinnerung an den bekannten Kampfflieger Manfred von Richthofen, der besonders den fliegerischen Geist verkörpert hat, geehrt werden soll. Heinrich Schlerf ist seit 23 Jahren Flieger und hat bisher 77 Flugschüler zu fertigen Piloten herangebildet, davon im Jahre 1931 allein 22. Die feierliche Ueberreichung des Pokals erfolgte im engen Kreis des Ringes Deutscher Flieger durch die Herren von Wilanowitz-Moellendorff und Fritz Siebel.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

42. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die Aufräumungsarbeiten waren in vollem Gange. Da machten Arbeiter einen grausigen Fund, vor dem sie entsetzt zurückschreckten. Es waren zwei fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen. Man machte Amberg darauf aufmerksam; der erkannte die Toten sofort und bemühte sich, Reichlin von der Fundstelle zu entfernen, doch hatte dieser sie schon gewahrt. Sein Blick erstarrte, sein Gesicht wurde geisterhaft bleich; er machte ein paar kleine, haltlose Schritte, dann brach er mit einem zitternden Aufschrei zusammen.

* * *

Isa war tot! Sein heißgeliebtes Kind war ihm durch einen schaurigen Tod entrissen worden. Vollkommen fassungslos stand der geschlagene Mann dieser Tatsache gegenüber, schluchzend nannte er immer wieder verzweifelt ihren Namen.

Er hatte sich eingeschlossen, Speise und Trank lehnte er ab, wollte niemand sehen, niemand sprechen. Namenlos war sein Schmerz.

Sein Stolz, seine Freude, das Glück seines Lebens war dahin. Was scherte ihn jetzt noch das Werk! Mochte man auf der Brandstätte wieder aufbauen, mochte sich da drüben was immer zutragen, er hatte keinen Teil mehr daran. Es war gar nicht mehr sein Werk. Der schaffensfreudige, unermüdliche Hermann Reichlin war tot, seit Isa nicht mehr lebte.

Immer wieder versuchte er, den Zusammenhängen nachzuspüren, die ihren Tod verursacht haben mochten. Kurz vorher hatten sie miteinander telefoniert; sie hatte ihm gesagt, daß sie zu ihm in die Fabrik herüber kommen wolle. Auf dem Wege mußte sie an dem Schuppen vorbeigekommen sein. Doch was hatte Detten dort zu suchen? Wollte er kontrollieren, ob alle Sicherungsvorschriften beachtet würden? War eine Selbstentzündung erfolgt? die sich übrigens nicht hatte nachweisen lassen? Und waren die beiden ein Opfer des Zufalles geworden? Der schwere Verdacht, den seine Werkleute gegen Detten ausgesprochen hatten, ließ noch eine andere Vermutung zu. Aber die wies er immer wieder von sich. So wie er Detten kannte, konnte er sie nicht zulassen. Das ganze war ein Rätsel, das wohl nie gelöst werden würde.

Da erhielt er nach acht Tagen etwa den Besuch des Detektivs einer Berliner Großbank. Er hatte sich zuerst hartnäckig gesträubt, ihn zu empfangen, und schließlich nur sehr widerwillig nachgegeben.

Was er aus dem Munde dieses Mannes hörte, klang wie Hohn auf seine Menschenkenntnis und seine gute Meinung über Detten. Sehr langwierige und sich über einen großen Zeitraum erstreckende Nachforschungen hatten ergeben, daß er gar nicht Hubert von Graven-Detten hieß, sondern schlicht Paul Fröbel.

Er war der Diener des Herrn von Graven-Detten gewesen, dem er ziemlich ähnlich sah, und hatte ihn auf mehreren Weltreisen begleitet; die letzte ging nach Asien. Dort erkrankte Herr von Graven-Detten an Malaria und starb. Fröbel, auf seine Aehnlichkeit mit seinem Herrn bauend, gab sich dann als dieser aus und hob die ausländischen Bankguthaben ab, hütete sich aber wohlweislich, dies auch in der Berliner Zentrale zu tun, da er wußte, daß Herr von Detten dort sehr gut bekannt war. Es fiel natürlich auf, daß die Zentrale gar nichts mehr von ihrem Kunden hörte und die an diesen gerichteten Briefe als unbestellbar zurückkamen. Hier stimmte etwas nicht. Jetzt erst ging die Bank daran, die den ausländischen Filialen von Fröbel gegebenen Unterschriften zu prüfen. So gut sie auch nachgemacht waren, sie ergaben zweifelsfrei Urkundenfälschung. Die Nachricht von dem Unglück auf den Reichlinwerken, denen ein Herr von Graven-Detten zum Opfer gefallen sei, hatte die Bank auf diese Spur gebracht. Durch Fröbels Tod war die Angelegenheit beigelegt.

Und den Menschen hatte er sich zum Schwiegersohn gewünscht!

Nach dieser Eröffnung traute er diesem Herrn von Detten alles zu, und jetzt erschien ihm die Katastrophe in einem anderen Licht. Durch irgend einen Umstand mußte Detten — er nannte ihn in seinen Gedanken auch weiter so — von der schweren Beschuldigung gegen ihn gehört haben; er mochte die Aufdeckung seiner Schurkerei vor sich gesehen und den Tod gesucht haben, indem er ein Unglück vortäuschte. Isa war gerade vorbeigekommen und auf diese Weise das Opfer dieses Schuftes geworden.

Auch für das Verbrechen an den Grönlandfliegern fand er eine einleuchtende Erklärung: Detten und Helling waren von Anfang an, wie er von Helling ja gehört hatte, Feinde gewesen, hatten das Nürburgrennen jeder für sich gefahren und Detten war unterlegen. Um sich dafür an Helling zu rächen, hatte er den Flug sabotiert.

Er war mit Blindheit geschlagen gewesen, nun mußte er büßen. Wie gern hätte er jede andere noch so schwere Buße auf sich genommen, aber daß ihm sein unschuldiges Kind geraubt worden war, würde er nie vergessen. —

Oben in ihrem verdunkelten Zimmer lag Frau Cornelia. Auch sie war von dem furchtbaren Unglück schwer getroffen worden. Es war aber nicht Isas Tod, der sie erschüttert hatte, sie beklagte aus tiefstem Herzen, daß ihr so heißgeliebter Hubert von Graven-Detten nicht mehr unter den Lebenden weilte. Einen Verbrecher nannte ihn ihr Mann. Nein, das konnte er nicht sein und das war er auch nicht. Kein Wort glaubte sie von der Geschichte, die der Detektiv aufgetischt hatte. Für sie war und blieb er der echte Hubert von Graven-Detten, den sie dem Werke zugeführt, den sie geliebt hatte.

Die selbst so leidenschaftliche Frau verstand seine Handlungsweise wie kein anderer. Er war ein Opfer seiner Leidenschaft für Isa geworden, die er mit in den Tod genommen hatte. Das war ihre Ueberzeugung. Sie würde keinen Augenblick gezögert haben, mit Beweisen dafür herauszukommen, wenn sie es hätte tun können, ohne sich selbst dadurch bloßzustellen. Sie war verdammt, zu schweigen. Sie mußte mit anhören, wie ihr Gatte Detten fluchte, durfte keinen Laut wagen, zum Beweis, wie sehr dieser Isa geliebt. Das war ihre Tragödie.

* * *

Vierzehn Tage später traf aus Ivigtut das Telegramm ein, das den Abflug Hellings, Bartelts und Elli Brunkes verkündete. Von den schweren körperlichen Strapazen, die die beiden Männer hatten durchmachen müssen, waren sie sehr geschwächt gewesen; der Arzt in Ivigtut hatte ihnen unter allen Umständen abgeraten, sich in ihrem erschöpften Zustand eine so weite Ueberseereise zuzumuten. Nur ungern waren sie geblieben, aber schließlich war zu bedenken, daß ihnen bei ihrem Eintreffen in Utingen sicherlich Anstrengungen bevorstehen würden, denen sie gewachsen sein mußten. (Forts. folgt.)